

D GESCHICHTE UND LÄNDERKUNDE

DG EUROPA

DGIC Polen

Nationale Minderheiten

1926 - 1939

- 24-2 *Nationalitätenpolitik aus der zweiten Reihe* : Konzepte und Praktiken zur Einbindung nationaler Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926-1939) / Stephan Stach. - Göttingen : Wallstein-Verlag, 2024. - 412 S. : Ill., Faksimiles, Porträts ; 23 cm. - (Polen: Kultur - Geschichte - Gesellschaft ; 4). - Zugl.: Halle-Wittenberg, Univ., Diss., 2015. - ISBN 978-3-8353-3101-3 : EUR 39.90
[#9095]**

Für die Existenz der nach dem Ersten Weltkrieg in Mittel- und Osteuropa neu oder wieder entstandenen Staaten entwickelte sich die nationale Frage zu einem grundlegenden Problem. Denn keiner von ihnen war in der Zusammensetzung der Bevölkerung ethnisch, national sowie religiös homogen. Das Vorhandensein nationaler und religiöser Minderheiten störte das Idealbild vom monoethnischen Nationalstaat nachhaltig und führte deshalb zu Konflikten. Ein interessantes Fallbeispiel wählt Stephan Stach für seine Hallenser Dissertation,¹ die sich mit Konzepten und Praktiken zur Einbindung nationaler Minderheiten in Piłsudskis Polen (1926 – 1939) beschäftigt. Doch, wie der Titel bereits andeutet, geht es um letztlich erfolglos gebliebene Ansätze zur einvernehmlichen Lösung der Probleme, welche Interessen des Staates, der Mehrheit und der Minderheiten berücksichtigten.

Der Widerspruch zwischen der Gründung des polnischen Staates als Nationalstaat aller Polen und der de facto ethnisch, national sowie religiös heterogenen Zusammensetzung seiner Bevölkerung, war für die Politik eine große Herausforderung und ließ sich letztlich kaum für alle Seiten zufriedenstellend lösen. Zum überwiegenden Anteil der Polen von zwei Dritteln an der Gesamtbevölkerung kamen 14-16 % Ukrainer, 8-10 % Juden, 3-6 % Weißrussen und 2-4 % Deutsche. Allerdings sind diese Angaben umstritten und können nur zur groben Orientierung dienen.

Ungeachtet aller strittigen Punkte in den Beziehungen zwischen dem polnischen Staat und seinen nichtpolnischen Bürgern, gab es durchaus ernsthafte Versuche, Konflikte im beiderseitigen Konsens zu lösen. Allerdings fanden sie jenseits der parlamentarischen Tribüne und der breiten Öffentlichkeit statt und wurden in der Regel von Akteuren aus der *zweiten Reihe* an-

¹ Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1156804256/04>

gestoßen. Diese von der Forschung bisher kaum untersuchten und beachteten Ansätze sind Gegenstand der Arbeit von Stach. Sie beginnt mit dem in die Problematik einführenden Kapitel *Nationalstaat oder Nationalitätenstaat?* und umreißt die konträren Positionen zu dieser Frage vor dem Maiputsch 1926. In diesem Zeitraum hat sich die Nationalitätenpolitik bereits zum eigenständigen Politikfeld im unabhängigen Polen entwickelt.

Dem polnischen Marschall Józef Piłsudski schwebte nach dem Ersten Weltkrieg zunächst eine Konföderation der Staaten zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee, das „Międzymorze“ (Zwischenmeer) als politisches Leitbild vor. Doch seine durch den Maiputsch avisierte „schnellen Gesundung“ Polens rückte Fragen der Nationalitätenpolitik in den Hintergrund und konzentrierte sich primär auf Machtsicherung, Integration und Sicherheitsabwägungen. Daraus resultierte eine inkonsequente Haltung des Regimes in den folgenden Jahren zu diesem Problem. Dessen ungeachtet setzte das schon 1921 gegründete Institut für Nationalitätenforschung (Instytut Badań Spraw Narodowościowych) unbeirrt seine Arbeit fort, analysierte strittige Punkte und sammelte praktische Erfahrungen. Die wurden dann in der bekannten, 1927 - 1939 erschienenen Zeitschrift ***Sprawy Narodowościowe*** des Instituts publiziert. Ferner sind in diesem Zusammenhang die verschiedenen Stellen im Regierungsapparat zu nennen, die sich wie die im Innenministerium angesiedelte Nationalitätenabteilung mit diversen Problemen der nationalen Minderheiten auseinandersetzten.

Im Detail wird dann der Umgang der polnischen Regierung mit jüdischen und ukrainischen Minderheiten vor dem Zweiten Weltkrieg beschrieben, der unterschiedliche Akzente erkennen läßt. Während die Juden keine Bedrohung für den Bestand des polnischen Staates darstellten und daher ihre Forderungen oft vernachlässigt wurden, konnte der ukrainische Wunsch nach mehr Autonomie auch als Forderung zur Loslösung aus dem polnischen Staatsverband verstanden werden. Erschwert wurde eine Lösung dieses Konflikts durch die „Pazifizierung Ostkleinpolens“ nach Terrorakten von ukrainischer Seite.

Die von Stach behandelten Konflikte löste man im und nach dem Zweiten Weltkrieg auf brutale Weise. Das osteuropäische Judentum wurde im Holocaust weitgehend ausgelöscht, die Polen aus Galizien vertrieben und die in Polen ansässigen Ukrainer in die neuen, westlichen Gebiete umgesiedelt. Damit waren alle auf friedlichen Ausgleich ausgerichteten Versuche gegenstandslos.

Klaus Steinke

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12637>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12637>